

rierte Börner, (135) die Arbeitslosenfrage (7. Top) behandelte Jan Appel (Arndt) (136). Den beiden letzten öffentlich verhandelten Tagesordnungspunkten Jugendfrage (Top. 8) und Agrarfrage (Top. 9) wurde wie schon auf dem Gothaer Parteitag (137) seitens der Delegierten weniger Aufmerksamkeit gewidmet, zu diesen Fragen referierten Reimann (Jugendfrage) und Mühle (Pseudonym Müller) (Agrarfrage) (138).

Auf der am 4. Verhandlungstag stattgefundenen nichtöffentlichen Sitzung wurde der 10. Tagesordnungspunkt - Organisationsfragen und Wahlen behandelt. Hier gab Emil Sach den Geschäftsbericht über den Stand der Organisation und die Tätigkeit des Hauptausschusses. (139)

Sach verwies in diesem Zusammenhang auf den vom Hauptausschuß vorgenommenen Neuaufbau der Parteiorganisation in Mittel- und Westdeutschland. Den Stand der Parteipresse gab er mit einer Gesamtauflage von 65.000 Exemplaren an (Kommunistische Arbeiter-Zeitung, (Berlin) und Klassenkampf, (Düsseldorf). Die Delegierten des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin opponierten nach dem Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung (140) in schärfster Form gegen die Politik des Hauptausschusses und erhoben gegen den Hauptausschuß den Vorwurf der autokratischen Politik. Im Zusammenhang mit der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes wurde der Kassenbericht entgegengenommen, Änderungen des Organisationsstatuts beschlossen, Richtlinien über Pressefragen angenommen und Richtlinien über die Kompetenz des Geschäftsführenden Hauptausschuß beschlossen. (141) Bei den unter diesem Tagesordnungspunkt vorgenommenen Wahlen, über deren Ausgang im Protokoll des Parteitages nichts vermerkt wurde, waren für den Hauptausschuß nach dem Bericht des Reichskommissars die Genossen Schröder, (142) Sach, Gottberg (143), Wilfrath (144), Schwab, Appel und Helbig vorgeschlagen worden, das Ergebnis war aber nicht bekanntgegeben worden. (145)

Wie nach der Beschlußlage der vor dem Parteitag stattge-

fundenen Bezirkskonferenzen der Wirtschaftsbezirke der KAPD nicht anders zu erwarten war, wurde von den Delegierten des Parteitages die Haltung der KAPD-Delegation auf dem 3. Weltkongreß einstimmig gutgeheißen. (146) Auch der Austritt der KAPD als sympathisierendes Mitglied aus der 3. Internationale wurde durch die Annahme des nachfolgenden Antrags einstimmig beschlossen: (147)

"Der 3. Kongreß der 3. Internationale hat gezeigt, das die Internationale den vom 2. Kongreß betretenen Weg des Opportunismus konsequent weitergegangen ist.

Die Unterordnung der 3. Internationale unter die kleinbäuerliche russische Staatspolitik bedeutet ein Verbrechen an der Weltrevolution und damit am Weltproletariat.

Die klare internationale Klassenkampfstellung des untergehenden Kapitalismus erfordert eine von allen bürgerlichen Methoden und Ideologien getrennte Taktik und Organisation der internationalen Arbeiterklasse. Diesen Weg hat der 3. Kongreß nicht beschritten. Schon allein die Aufzeichnung dieser Linie hat er mit allerlei Mitteln zu hintertreiben versucht.

"Die Beschlüsse und Leitsätze des 3. Kongresses, die Achterklärung der sogenannten Linken, zeigen vielmehr, daß die 3. Internationale keine aktive Förderin der Weltrevolution ist." Die KAPD tritt darum als sympathisierendes Mitglied aus der 3. Internationale aus."

Auf einhellige Unterstützung der Delegierten des Parteitages fiel auch der Teil der Resolution des Zentralausschusses vom 31.7. 1921, soweit er sich mit der zukünftigen Politik der KAPD gegenüber der Sowjetregierung beschäftigte. Die Delegierten beschlossen einstimmig: (148)

"Der Parteitag erklärt, daß unsere Politik gegenüber der russischen Sowjetregierung bestimmt wird durch deren jeweilige Haltung. Wenn die Sowjetregierung auftritt als Kampffaktor der proletarischen Revolution, muß die KAPD sie durch aktive Solidarität unterstützen. Dort, wo sie diesen Boden verläßt und als Sachwalterin der bürgerlichen Revolution erscheint, muß sie von der KAPD ebenso entschieden bekämpft werden. Die KAPD vertritt damit auch die Interessen des russischen Proletariats und wird den Kampf führen unter Berücksichtigung der Erfahrungen und Anerkennung der gewaltigen Leistungen der russischen Revolution."

Kontrovers hingegen, wie auch bereits im Vorfeld des Parteitages auf den Bezirkskonferenzen der Wirtschaftsbezir-

ke, wurde der wichtigste Punkt des Parteitages, die Frage der Notwendigkeit der Bildung einer Kommunistischen Arbeiter-Internationale, behandelt. Die Berliner Parteioption mit Adam Scharrer, (149) Wilfrath und Bergs (150) als Wortführer sprach sich geschlossen gegen die Gründung einer neuen Internationale aus. Sie lehnte ebenfalls die Gründung eines von der Parteiführung geforderten internationalen Informations- und Organisationsbüros ab, das durch enge Kontakte mit allen in Opposition zur K.I. stehenden revolutionären Gruppierungen die Basis für den Aufbau der neuen Arbeiter-Internationale vorbereiten sollte. (151)

Trotz des erheblichen Widerstandes der Berliner Opposition, gelang es aber der Schröder-Gruppe, die in den Wochen vor dem Parteitag in der parteioffiziösen Presse intensiv für ihre utopistischen Pläne geworben hatte, (152) die grundsätzliche Zustimmung der Parteitagsdelegierten für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiter-Internationale zu erringen. Mit großer Mehrheit wurden die von der Kommission des Zentralausschusses entworfenen Richtlinien zur Frage "Die 3. Internationale und die Notwendigkeit der Schaffung einer Kommunistischen Arbeiter-Internationale" auf dem Parteitag gegen die Stimmen der Delegierten Berlins und Bremerhavens angenommen. (153) Auch die Errichtung eines internationalen Informations- und Organisationsbüros, das unter der Leitung von Karl Schröder die Basis für den späteren Aufbau der Kommunistischen Arbeiter-Internationale vorbereiten sollte, (154) wurde seitens der Delegierten gegen den energischen Widerstand der Berliner Opposition gebilligt. (155)

Auf Antrag des Wirtschaftsbezirks Rheinland-Westfalen wurde schließlich ein Aufruf "An die Arbeiter und Arbeiterinnen der ganzen Welt" von den Parteitagsdelegierten verabschiedet, in dem die zur Kommunistischen Internationale in Opposition stehenden Kräfte aufgefordert wurden, sich in der neuen Arbeiter-Internationale zu vereinigen. (156)

Hatte die Auseinandersetzung um die Gründung einer Kom-

munistischen Arbeiter-Internationale den Parteitag in 2 Lager gespalten, so zeigten die Delegierten des Parteitages wieder eine Geschlossenheit bei der Behandlung des 5. und 6. Tagesordnungspunktes, wo es um das Verhältnis der Allgemeinen Arbeiter-Union (AAU) zur "Roten Gewerkschafts Internationale" (RGI), um das Verhältnis der Partei zur AAU und um die Frage eines Kartells zwischen der AAU und der kurz zuvor in Halle gegründeten Hand- und Kopfarbeiter-Union ging. Die Haltung der AAU-Delegation auf dem Gründungskongreß der "Roten Gewerkschafts-Internationale" im Juli 1921 in Moskau wurde von den Parteitagsdelegierten gutgeheißen. Die Stellung der AAU-Delegation auf dem Moskauer Kongreß war von vorneherein aussichtslos gewesen, da der AAU sowie der Freien Arbeiter-Union (FAU-Gelsenkirchener Richtung) für die Beschlußfassungen des Kongresses jeweils nur 2 Stimmen vom Kongreßpräsidium zugebilligt worden waren, der revolutionären Gewerkschafts-Opposition der VKPD aber 11 Stimmen zugesprochen worden waren. (157) Die AAU-Delegierten hatten sich mit ihren Gewerkschaftsthesen zudem völlig auf dem Kongreß isoliert. Der Generalsekretär der RGI, Losowski, hatte sich in seinem Grundsatzreferat über "Aufgaben und Taktik der Gewerkschaften" für die Zellentaktik der VKPD ausgesprochen (158) und einer engen Zusammenarbeit der beiden Internationalen das Wort geredet. Während der Kontakt der AAU mit der RGI schon nach kurzer Zeit abgebrochen wurde, wozu auch der Verlauf der KAPD-Diskussion auf dem 3. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale entscheidend beitrug, (159) blieb die FAU Mitglied der RGI.

In einer ausführlichen Debatte unterstrichen die Vertreter der verschiedensten Wirtschaftsbezirke der KAPD (160) die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Partei und AAU, an der es in vielen Bezirken zu wünschen übrig ließ. Nachdrücklich wandten sich die Delegierten gegen eine Kartellbildung zwischen AAU und der Union der Hand- und Kopfarbeiter, die aus der Verschmelzung der FAU mit dem Hand- und Kopfarbeiter-Verband und dem freien

Landarbeiterverband hervorgegangen war. Vor allem dem FAU-Flügel in dieser neuen Union, der auf dem Parteitag mit 2 Vertretern als Gäste repräsentiert war (161), wurde eine reformistische Politik vorgeworfen, die den Boden des Klassenkampfes bereits verlassen habe. (162) Die nachfolgende Resolution, die vom Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin eingebracht worden war, wurde mit 1 Stimmenthaltung vom Parteitag angenommen:

"Nachdem der Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale die Anerkennung der Zellentaktik als Bedingung für die Zugehörigkeit zur Roten Gewerkschafts-Internationale erklärt hat, sind diejenigen revolutionären Organisationen, die auf dem Boden der Zerstörung der Gewerkschaften stehen, erneut vor die Frage gestellt, eine Form des Zusammenschlusses zu einer Kampfgemeinschaft zu finden. Die AAU hat von allen revolutionären Organisationen dieses Ziel: Zerstörung der Gewerkschaften und Ablehnung aller gewerkschaftlichen Methoden - bisher als einzige konsequent verfolgt.

Sie hat deshalb die Aufgabe, die Initiative zu ergreifen und denjenigen Organisationen, deren Delegationen in Moskau sich mit der AAU zur Opposition zusammengeschlossen hatten, die Bedingungen für das Eingehen einer solchen Kampfgemeinschaft zu stellen. Weder bei der Gelsenkirchner Union (FAU) noch bei irgend einer anderen Organisation in Deutschland sind infolge ihrer grundsätzlichen Einstellung zum Klassenkampf diese Voraussetzungen gegeben. Trotzdem muß die AAU durch ihr Beispiel und durch planmäßige Aufstellung von außen her die Voraussetzungen schaffen. Wenn aber diese Voraussetzung eingetreten sein wird, erübrigt sich eine Kartellierung, weil dann der Zusammenschluß der beiden Unionen im Verlaufe der Kämpfe sich von selbst ergibt." (163)

Auch die Schaffung einer Internationale der Unionen wurde von den Parteitagsdelegierten einmütig abgelehnt. (164)

Die Behandlung der übrigen Tagesordnungspunkte (Arbeitslosenfrage, Jugendfrage und Agrarfrage) geschah unter Zeitdruck und litt unter dem mangelnden Interesse der Parteitagsdelegierten. Die Aussprache zum Tagesordnungspunkt Arbeitslosenfrage wurde noch durch einen Bericht des Verteidigers von Max Hoelz, Justizrat Victor Fraenkel, unterbrochen, der die Parteitagsdelegierten über die Haftsituation von Hoelz in der Strafanstalt Münster informierte und sie über die von ihm in dieser Sache eingeleiteten Schrit-

te unterrichtete. (165) Fraenkel informierte die Delegierten auch über den Stand des Verfahrens gegen Franz Peter Utzelmann, der beim Generalstreik und Aufstand in den Leunawerken im März 1921 mit Max Prenzlau KAPD-Vertreter im Aktionsausschuß mit der KPD war (Pseudonym Kempin) und anschließend verhaftet wurde. (166)

Als den größten Erfolg des Parteitages wurde in den darauffolgenden Wochen von der KAPD-Presse die Konstituierung der Kommunistischen Arbeiter-Internationale sowie die Schaffung eines internationalen Organisations- und Informationsbüros gefeiert. Kurz nach dem Parteitag wurde in einem Leitartikel der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung (167) über die "Lehren des Parteitages" dazu wie folgt Stellung genommen:

"Nicht minder klar und eindeutig ergab sich aus den Diskussionen des Parteitages unsere internationale Aufgabe: die 3. Internationale ist tot, als revolutionärer Faktor hat sie sich selbst ausgeschaltet. Aber dringender als je ergibt sich die Notwendigkeit der internationalen Sammlung der proletarischen Kräfte. War das schon eingesehen worden in langen Jahrzehnten vor dem Kriege, da das Kapital noch in nationaler Abgrenzung seinen Kampf gegen das Proletariat führte, um so dringender, um so selbstverständlicher ergibt sich diese Pflicht jetzt, wo das Kapital selbst die Front gegen die Arbeiter international gefestigt hat. So klein-organisatorisch gesehen - die Anfänge der internationalen revolutionären Front auch in diesem Augenblick sein mögen, das Werk mußte sofort in Angriff genommen werden, vor allem auch, um dem verheerenden Einfluß der konterrevolutionär sich auswirkenden 3. Internationale die Spitze zu bieten. Dies hat der Parteitag erkannt und durch Schaffung eines internationalen Organisations- und Informationsbureaus den Grundstein zum Aufbau der Kommunistischen Arbeiterinternationale gelegt. Auch sie wird - wie die KAP in Deutschland - zwei Aufgaben haben: gegen das Kapital und gegen die reaktionäre Arbeiterbureaukratie in Parteien, Gewerkschaften und Internationalen - für die Revolution. Ohne die ungeheure Schwere der Aufgabe zu verkennen, bewies der Parteitag, daß er sich der Notwendigkeit des Augenblicks bewußt war. Die Unterstützung, die wir dabei von unseren holländischen, bulgarischen und jugoslawischen Genossen gefunden haben, wird bald sich zu einer Front aller revolutionären Kommunisten erweitern."

In der Praxis sollte sich diese Hoffnung auf Unterstützung

des Aufbaus einer Kommunistischen Arbeiter-Internationale seitens linkskommunistischer Gruppierungen in Europa aber nicht erfüllen. Zwar teilte die KAPD-Presse im Anschluß an den Parteitag fortwährend Absichtserklärungen linkskommunistischer Gruppierungen mit, der KAI beizutreten, so etwa die Erklärung der englischen Linkskommunisten unter Führung von Sylvia Pankhurst, die den Beitritt ihrer Gruppe zur KAI in ihrer Zeitung "Workers Dreadnought" am 8.10. 1921 ankündigte und zur Gründung einer englischen KAP aufrief. (168) Auch die Absicht der linken Kommunisten Bulgariens eine bulgarische KAP zu gründen und damit die Sache der KAI zu unterstützen, wurde in der KAPD-Presse als weiteren Schritt der Verbreitung des KAPD-Gedankens in Europa überschwänglich gefeiert. (169) Diese Meldungen vom bevorstehenden Anschluß an die KAI seitens holländischer, belgischer, englischer, bulgarischer und jugoslawischer Gruppen grenzten jedoch im Hinblick auf deren minimalen Mitgliederbestand an Selbstbetrug. (170) Die holländische KAP, im September 1921 von einem Teil der Linksopposition in der KP gegründet, war zwar am engsten mit der deutschen KAP verbunden, zahlenmäßig spielte sie jedoch so gut wie keine Rolle, die Schätzungen ihres zahlenmäßigen Umfanges schwanken zwischen einhundert und dreihundert Mitglieder. (171) Nicht viel anders war die Situation in England, wo sich aus der "Workers Socialist Federation" 1920 die Kommunistische Partei (Britische Sektion der 3. Internationale) herausgebildet hatte, "die sich ihrerseits 1921 nach der endgültigen Verurteilung der Linken durch den Weltkongreß der Komintern vom Jahre 1921 in die britische KAP umwandelte". Ihr Mitgliederstand betrug 1922 unter 500 Mitglieder. (172) Die größte der Kommunistischen Arbeiter-Parteien war die bulgarische, der 1922 ca. eintausend Mitglieder angehört haben sollen. (173) Daneben gab es noch schwache Ansätze rätekommunistischer Organisationen, die einen internationalen Zusammenschluß befürworteten, in Belgien, Jugoslawien, Frankreich und Südafrika. Gelegentlich waren in der KAPD-Presse auch noch italienische, amerikanische,

österreichische und ungarische Genossen erwähnt worden, die ihr Einverständnis für einen Zusammenschluß gegeben hatten. (174)

Ungeachtet des sektiererhaften Charakters dieser ausländischen KAP-Gruppierungen entwickelte das "Internationale Informations- und Organisationsbüro" unter der Leitung von Karl Schröder in der Folgezeit eine rege Tätigkeit. Bereits die Oktoberausgabe des "Proletariers" erschien mit dem Untertitel "herausgegeben von der Kommunistischen Arbeiter-Internationale" (175). Mit dem gleichen Eifer, mit dem Karl Schröder ein Jahr zuvor für den Anschluß der KAPD an die Kommunistische Internationale gewirkt hatte, (176) setzte er sich nun mit einer großen Anzahl theoretischer Beiträge in der KAPD-Presse und sonstigen "außenpolitischen" Aktivitäten für die alsbaldige Gründung einer Kommunistischen Arbeiter-Internationale ein. (177)

Die Aktivitäten Schröders für die Gründung der KAI waren auf den nachfolgenden Bezirkskonferenzen der Wirtschaftsbezirke zunächst kein kontroverser Verhandlungsgegenstand. Auf der Bezirkskonferenz des Wirtschaftsbezirks Westsachsen, der ersten Bezirkskonferenz eines Parteibezirks, die direkt im Anschluß an den Parteitag am 9.10. 1921 in Zwickau stattfand, stand das Verhältnis von KAPD und AAU im Mittelpunkt der Diskussion. (178) Auch die Konferenz des Unterbezirks Chemnitz, die am 16.10.1921 in Chemnitz stattfand, beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit dem Verhältnis der Partei zur AAU. (179) Die Bezirkskonferenz des Bezirks Südwestdeutschland, die Mitte Oktober stattfand, stellte sich einmütig auf den Standpunkt, den auch der Parteitag in seiner Mehrheit angenommen hatte, wonach unverzüglich mit aller Kraft, "der Aufbau einer wirklich kommunistischen Internationale durch den organisatorischen Zusammenschluß der linken Gruppen aller Länder vorgenommen werden" müsse. Einstimmig formulierten die Delegierten:

"Den wahren Charakter der dritten Internationale erkennend, müssen wir im Interesse der proletarischen Weltrevolution allen Unterdrückern und Ausbeutern samt ihren Handlangern zum Trotz zu dem Aufbau der wahrhaft Kommunistischen Arbeiterinternationale schreiten. Das wirklich revolutionäre Proletariat der ganzen Welt braucht einen Zusammenschluß, benötigt eines Steuermanns, der das Schiff der proletarischen Revolution mit sicherer Hand durch alle Stürme und wogenden Brandungen der Weltrevolution hindurchleitet zum sicheren Hafen des menschheitsbefreienden Kommunismus." (170)

Auch auf der am 29. und 30.10.1921 in Frankfurt a.M. stattgefundenen kombinierten Konferenz der KAPD und AAU des Wirtschaftsbezirks Südwestdeutschland beschäftigten sich die Delegierten vor allem mit der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Partei und AAU, die Haltung der Delegierten der AAU anlässlich des Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale wurde gutgeheißen, für die Schaffung einer Internationale der Unionen wurde keine Notwendigkeit gesehen, sondern die Forderung aufgestellt, daß ein Vertreter der AAU Sitz und Stimme im Internationalen Informations- und Organisationsbüro der Kommunistischen Arbeiter-Internationale erhalten müsse. (181)

Die zwischen der Berliner Opposition und dem Geschäftsführenden Hauptausschuß der KAPD im Vorfeld des Parteitagges und beim Parteitag selbst aufgetretenen grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten traten bei den Zentralausschußsitzungen am 31.10.1921 und 18.12.1921 wieder auf. Diesmal machten sie sich vordergründig an finanziellen und organisatorischen Fragen fest. Auf der Zentralausschußsitzung am 31.10.1921 ging es um die Haltung der Berliner Opposition gegenüber der Herausgabe der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung. Die Berliner Parteiorganisation hatte den Versuch unternommen, dem Geschäftsführenden Hauptausschuß die Expedition der KAZ zu entreißen, weil ein Großteil der KAPD-Ortsgruppen der Berliner Organisation für den Bezug der Zeitung das Geld schuldig geblieben war, die Berliner Organisation hatte aber den Hauptanteil der Kosten für die

Herausgabe der Zeitung zu tragen. In Wirklichkeit standen aber erhebliche Vorbehalte der Berliner Parteigruppe gegenüber der redaktionellen Ausrichtung der Zeitung hinter diesem Schritt, für die der Geschäftsführende Hauptausschuß der Partei verantwortlich zeichnete. (182) Auf der Zentralausschußsitzung am 18.12.1921 wurden die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Berliner Parteiopposition und der Parteiführung in der Behandlung der Frage des Verhältnisses der Partei zur Jugendorganisation KAJ wiederum deutlich. Während sich die Berliner Parteiorganisation vehement für die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Jugend innerhalb der Parteiorganisation aussprach, sie wurde dabei von den Vertretern der Wirtschaftsbezirke Brandenburg, Nord und Spandau-Osthavelland unterstützt, wandte sich der Geschäftsführende Hauptausschuß gegen die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Jugend innerhalb der Parteiorganisation. Nach seiner Auffassung sollten die Jugendlichen in der Partei zu einer besonderen Kommission "Kommunistische Arbeiterjugend, Sektion der KAPD, zusammengefasst werden. (183) Zwar gelang es der Parteiführung um Karl Schröder noch einmal, den Vorstoß der Opposition, der eigentlich auf eine Umorganisation der kurz zuvor neu gewählten Parteispitze hinzielte, zu parieren, doch war die Krise nun unabwendbar geworden. (184) Bereits auf der Zentralausschußsitzung am 18.12.1921 war deutlich geworden, daß sich um das vom Parteitag eingesetzte "Informations- und Organisationsbüro" eine festere Fraktion unter Führung von Karl Schröder gebildet hatte. (185) Ohne den Hauptausschuß der Partei zu verständigen, entfaltete das Büro um die Jahreswende 1921/22 große Aktivitäten, (186) Mitglieder des Büros bereisten etwa die Hälfte der Wirtschaftsbezirke der Partei, "um dort für seine taktische Linie zu werben." (187) Die Aktivitäten der Schröder Gruppe stießen auf den energischen Widerstand des Berliner Wirtschaftsbezirks, der in der von ihm verantworteten Parteipresse der Propaganda des Internationalen Büros nur wenig Raum ließ. (188)

Als Anfang 1922 im "Kampftruf" von einem Vertreter der Schröder-Gruppe, Dr. Adolf Dethmann aus Kiel, (189) eine Aufsatzreihe erschien, die von der Mehrheit des Geschäftsführenden Hauptausschusses der Partei nicht gebilligt wurde, (190) und in "der die Ansicht vertreten und zur offiziellen Parteitheorie erhoben wurde, daß sich die Union in der "Todeskrise des Kapitalismus" nicht mit einer "opportunistischen" Verbesserung der augenblicklichen Lage der Arbeiterschaft befassen dürfe und die soziale Situation des Arbeiters in einer kapitalistischen Gesellschaft gleichsam als seine "Privatsache" bezeichnet wurde (191), erreichten die parteiinternen Auseinandersetzungen ihren Höhepunkt. (192)

Die kontroversen Fragen über die Funktion der Union und den Zeitpunkt der Konstituierung einer kommunistischen Arbeiter-Internationale wurden auf der Zentralaussschuß-Sitzung am 5. und 6.3.1922 verhandelt (193) "und gaben den Anlaß zur organisatorischen Entzweiung der beiden Fraktionen." (194)

Durch Manipulation des Abstimmungsmodus der Zentralaussschuß-Sitzung gewann Karl Schröder zwar eine Mehrheit für seine Fraktion, die aber nicht den tatsächlichen Mehrheitsverhältnissen in der Mitgliedschaft der Partei entsprach. (195) Schröder verfügte nur über eine Anhängerschaft in den Wirtschaftsbezirken Dresden, Kiel und Stettin und in drei Berliner Unterbezirken, die aber insgesamt nicht mehr als 200 Parteimitglieder ausmachte. (196) Der Berliner Wirtschaftsbezirk setzte daraufhin die Führungsgremien der Partei kurzerhand ab und schloß Karl Schröder, Arthur Goldstein und Emil Sach wegen parteischädigendem Verhalten und wegen "ihres maßlosen persönlichen Ehrgeizes" aus der Partei aus. (197) Einige Tage später wurden auch die übrigen Gefolgsleute Schröders, Bernhard Reichenbach, Adolf Dethmann und Gottberg aus der Partei ausgeschlossen (198) Die "Groß-Berliner Mitgliedschaft" der AAU schloß sich diesem Verdikt gegen Schröder und seine Gruppe mit "ungefähr eintausend gegen zwanzig Stimmen" an, gleichfalls setzte sie

den Reichsarbeitsausschuß (den geschäftsführenden Vorstand) der AAU ab, (199) wie auch die Redaktion des "Kampftruf", die "Schröders neuen Unions-Thesen eine Plattform geboten hatte". (200)

Schröder und seine Anhänger dachten zunächst nicht daran, den Parteiausschluß zu akzeptieren, sie "konstituierten ihrerseits mit Rock, Berg und Kalbitzer" (201) einen neuen Geschäftsführenden Hauptausschuß in Essen, den Berliner Wirtschaftsbezirk schlossen sie "wegen Reformismus" aus der Partei aus und forderten die übrigen Wirtschaftsbezirke zum Boykott der Berliner KAPD-Führer auf. (202) Sie bemühten sich besonders in Westdeutschland um Anhänger, wo es ihnen auch gelang in Essen einen Geldgeber für die Herausgabe einer neuen "Kommunistischen Arbeiter-Zeitung" zu finden. (203) "Zunächst konkurrierten die beiden Hauptausschüsse der KAP, nach deren Sitz sich die beiden Tendenzen "Berliner" und "Essener" Richtung nannten." (204) Seit dem Sommer 1922 gab es zwei verschiedene KAPD zwei AAU zwei "Kommunistische Arbeiter-Zeitungen" und zwei "Kampftrufe", auch die Kommunistische Arbeiter-Jugend spaltete sich. (205) Die KAPD der Essener Richtung, die am 4. und 5.6.1922 einen eigenen Parteitag in Hannover abhielt, zählte zu dieser Zeit ca. 400 bis 450 Anhänger, hinzu kamen noch etwa 600 AAU-Mitglieder der Essener Richtung. (206) Die KAPD der Berliner Richtung kam in Berlin auf 1000 Mitglieder und nocheinmal auf 1000 Mitglieder im Reich, die AAU dieser Richtung zählte ca. 12.000 Mitglieder. (207) Die KAPD (Berliner Richtung) hielt vom 14.-16. Mai 1922 ihren eigenen Parteitag in Essen ab. (208)

Die KAPD (Essener Richtung) richtete ihr Hauptaugenmerk und ihre ganze organisatorische Kraft auf den Aufbau der Kommunistischen Arbeiter-Internationale. (209) Das Internationale Organisationsbüro erklärte im April 1922 seine Arbeit für beendet und rief auf einer Konferenz im April 1922, an der nur Vertreter der holländischen KAP teilnahmen, die Gründung der Kommunistischen Arbeiter-Internationale aus. (210) Die von dieser Konferenz erarbeiteten The-

sen zur Gründung einer KAI wurden auf dem 2. Kongreß der KAI, der vom 1. bis 5.10.1922 in Berlin-Spandau stattfand, ohne wesentliche Änderungen angenommen. An dieser Konferenz nahmen neben den Vertretern der Essener Richtung der KAPD noch Delegierte der holländischen KAP, der bulgarischen KAP, Vertreter der russischen Linkskommunisten, ein Vertreter der AAUD und ein Vertreter der KAI, Gruppe Amsterdam, teil. (111) Auch der dritte und letzte Kongreß der KAI, der im November 1924 stattfand, führte zu keiner Festigung der internationalen Organisation der Linkskommunisten, die KAI "blieb ein lose geknüpftes Netz winziger linkskommunistischer Minoritäten, das bald auseinandergerissen wurde". (212)

Die internen Richtungs- und Führungskämpfe hatten die KAPD an den Rand ihrer Existenz gebracht, die Essener Richtung der KAPD war Ende 1923 völlig bedeutungslos geworden, ihre führenden Vertreter hatten sich von ihr getrennt. (213) Auch der Mitgliederstand der Berliner-KAPD war erheblich gesunken. (214) Die ehemaligen Mitglieder dieser beiden KAPD-Richtungen hatten sich in ihrer Mehrzahl der Allgemeinen Arbeiter-Union Einheitsorganisation (AAUE) zugewandt, während der übriggebliebene KAPD-Restbestand zunehmend sektiererischen Charakter annahm. (215)

Anmerkungen und Quellen

- (1) S. Kommunistische Arbeiter-Zeitung, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, (KAZ), 2. Jg. (1921), Nr. 188 "Bericht über die am 17.4.1921 in Berlin stattgefundene Funktionärsversammlung des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin".
- (2) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 189 "Bericht von der Bezirkskonferenz von Groß-Thüringen" sowie KAZ Nr. 202 "Bericht von der Bezirkskonferenz der KAPD, Wirtschaftsbezirk Rheinland-Westfalen am 16.6.1921".
- (3) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 191 "Bericht von der Zentral-Ausschußsitzung der K.A.P.D. am 24.4.1921" und KAZ Nr. 203 "Bericht von der Zentralaussschußsitzung am 5. Juni 1921".
S. auch zur Einschätzung der Märzaktion durch die Parteizentrale der KAPD, in: Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 50 vom 9.8.1921, StA Bremen 4.65 II.A.13a.
- (4) S. Rundschreiben des Geschäftsführenden Hauptausschusses der KAPD vom 5.6.1921 an die Bezirke und Ortsgruppen der Partei betr. Reorganisation der Partei nach der Märzaktion, in: Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 50 vom 9.8.1921, (Anlage 4), StA Bremen 4.65 II.A.13a. Dieses Rundschreiben wurde wie folgt eingeleitet:
Rundschreiben
Für die Bezirke ! An alle Ortsgruppen weiterleiten !
Organisation
In unserem letzten Rundschreiben schilderten wir die Erfahrungen der vergangenen Märzaktion. Schon des öfteren ist auf die Mängel hingewiesen (worden), die in punkto Organisation unseren Bezirken anhaften. Die äusserst zugespitzte aussen- und innenpolitische Lage erheischt schnellste Durchorganisation der Bezirke. Um die Möglichkeit zu schaffen die Ortsgruppen und damit den einzelnen Bezirk selbst organisatorisch wieder auf die alte Höhe zu bringen, schlagen wir folgenden Aufbau vor.
1. Alle Ortsgruppen
die schwach an Kräften, jedoch in der Lage sind arbeitslose rednerisch und organisatorisch befähigte Genossen (gelernte und ungelernete Arbeiter) in den Fabriken unterzubringen verlangen vorgenannte von ihrem Wirtschaftsbezirk, oder wenn dies nicht möglich, direkt von uns.
2. Jede Ortsgruppe
weist allen Mitgliedern ein praktisches Tätigkeitsfeld zu, so dass der systematische Aufbau der Ortsgruppe einheitlich und geschlossen vorgenommen wird.
3. Der Aufbau
der Ortsgruppen muß folgenden Unterbau haben: Alle größeren Ortsgruppen werden in Stadtbezirke eingeteilt. Diese Stadtbezirke werden in Abteilungen zerlegt, die Abteilungen in Gruppen. Kleinere Ortsgruppen

werden in Abteilungen bzw. nur in Gruppen eingeteilt. Wird der Aufbau so vorgenommen, dann ist praktisch folgendes erreicht: Ortsgruppe N.N. hat die Stadtbezirke Ost, West, Nord und Süd. Jeder Stadtbezirk umfasst ca. vier Abteilungen. Jede Abteilung zerfällt je nach Stärke der Mitgliederzahl bzw. Größe des Stadtbezirks in Gruppen. Jede Gruppe soll 10-15 Genossen stark sein.

4. Tätigkeitsfeld der Gruppen

Jede Gruppe hat folgende Aufgabe zu erfüllen:

- a) ständige Bearbeitung derjenigen Straßenzüge, die in ihrem Wohnbezirk liegen,
- b) die Verbreitung der Presse, Broschüren, Flugblätter etc. zu übernehmen.
- c) Kleberkolonnen aufzustellen
- d) Nachrichtenwesen auszubauen

5. Tätigkeitsfeld der Abteilungen und Stadtbezirke

Die praktische Arbeit der Gruppen bzw. Abteilungen einzuteilen und zusammenzufassen.

6. Funktionärskörper

Jede Ortsgruppe hat einen erweiterten und engeren Arbeitsausschuß. Der erweiterte Ausschuß setzt sich zusammen aus dem 1. und 2. Gruppenführer, 1. und 2. Abteilungsführer, 1. und 2. Bezirksführer. Aus deren Mitte wird ein engerer Ausschuß von 3-5 Köpfen gewählt. Der engere Ausschuß hat die Vorarbeiten zu erledigen, in illegalen Zeiten auch das Recht selbständige Anweisungen zu treffen. Der erweiterte Ausschuß teilt seinen Mitgliedern bestimmte Funktionen zu (Propaganda, Organisation, Kasse, Arbeitslose, Verbindung mit A.A.U., Referenten etc.) ...

- (5) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 184, 185, 186, "Lehren der März kämpfe und nächste Aufgaben".
- (6) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921) Nr. 188 "Lehren der März kämpfe für die Union". In diesem Artikel wurde die nachfolgende Einschätzung hinsichtlich des Stellenwertes der Beteiligung der AAU an der Märzaktion wiedergegeben: "Die Märzaktion haben diese Fehler - die sich in mangelhafter Zusammenfassung, in Disziplinlosigkeiten, in praktischer und theoretischer Uneinheitlichkeit und damit in ungleichmäßiger Fähigkeit zur aktiven Solidarität ausdrückten - jedem Unionsgenossen sichtbar gemacht." S. auch KAZ Nr. 185.
- (7) Zu den Aktivitäten der KAPD im Rahmen der Märzaktion s. Ihlau, Olaf, Die roten Kämpfer, Reprint, Erlangen 1971, S. 19ff. sowie Bock, Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923, Meisenheim 1969, S. 241 und 308 ff., Kool, Frits, Die Linke gegen die Parteiherrschaft, Olten 1970, S. 131 ff., Reichenbach, Bernhard, Zur Geschichte der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, 13. Jg. (1928), S. 123 ff., Angress, Werner T., Die Kampfzeit der KPD 1921-1923, Düsseldorf 1973, S. 186 ff. und Reisberg, Arnold, An den Quellen der Einheitsfrontpolitik, Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921 bis 1922, Bd. 1, Berlin (West) 1971, S. 106ff. und Winkler, Heinrich August, Von der Revolution zur Stabilisierung, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin, Bonn 1984, S. 515 ff..
- (8) Zur Kritik der KAPD an der VKPD im Zusammenhang der Märzaktion s. Der Weg des Dr. Levi, der Weg der VKPD, hrsg. von der KAPD, o.O., o.J. (Berlin 1921) sowie KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 181 "Nur Kampf ist Solidarität! Mittel-Deutschland steht im Kampf.", KAZ Nr. 184, 185, 186 "Lehren der März kämpfe und nächste Aufgaben". Zur Ein-

schätzung der Märzaktion durch die VKPD s. Thalheimer, August, Der erste Versuch, in: Die Internationale, 3. Jg. (1921), Heft 4, S. 105 ff. und Frölich, Paul, Der Fall Levi, S. 115 ff., ebenda, sowie die vom Zentralausschuß der KPD herausgegebenen "Leitsätze über die Märzaktion", S. 122 ff., ebenda, s. auch Fischer, Ruth, War die Märzaktion der V.K.P.D. eine "Bettelheimerei"?, in: Die Internationale, 3. Jg. (1921), Heft 5, S. 160 ff., sowie Radek, Karl, Lehren der März kämpfe, in: Die Internationale, 3. Jg. (1921), Heft 8, S. 277 ff.. S. auch Die Enthüllungen zu den März kämpfen. Enthülltes und Verschwiegene. Hrsg. von der Zentrale der KPD, Halle 1922 sowie Levi, Paul, Unser Weg. Wider den Putschismus, in: Levi, Paul, Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie, Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, herausgegeben und eingeleitet von Charlotte Beradt, Frankfurt 1969, S. 68 ff.. S. in diesem Zusammenhang auch Jacoby, Henry/ Herbst, Ingrid, Otto Rühle zur Einführung, Hamburg 1985, S. 49 f. sowie Scharrer, Manfred, Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1983, S. 280 ff..

- (9) S. Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 50 vom 9.8.1921, v.a. Anlage 4 (Rundschreiben des Geschäftsführenden Hauptausschusses vom 5.6.1921) und Anlage 5 (Rundschreiben des Geschäftsführenden Hauptausschusses an alle Ortsgruppen vom 5.6.1921) sowie Anlage 6 (Graphische Darstellung des Organisationsschemas der KAPD nach der Reorganisation). StA Bremen 4.65 II.A.13a. S. auch in diesem Zusammenhang Bezirks- und Ortsgruppeneinteilung der KAPD in: Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 49 vom 4.8.1921. Diese Einteilung ist wiedergegeben in: Klockner, Clemens, Protokoll des a.o. Parteitag der KAPD vom 15. bis 18.2.1921 in Gotha, a.a.O., S. 34 f., Anmerk. 46.
- (10) S. Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars Nr. 50. Anlage 4, a.a.O..
- (11) Das vom Geschäftsführenden Hauptausschuß der KAPD am 5.6.1921 ausgefertigte Rundschreiben an die Ortsgruppen der Partei, das nachfolgend wiedergegeben wird, steht beispielhaft für Rundschreiben der Parteizentrale, die in der Zeit nach der Märzaktion an die Parteigliederungen gerichtet wurden. Das Rundschreiben vom 5.6.1921 befindet sich in der Anlage 6 des Auszugs aus dem Bericht des Reichskommissars Nr. 50 vom 9.8.1921 a.a.O.:
An alle Ortsgruppen der K.A.P.D.
Werte Genossen!
Zur politischen Lage verweisen wir Euch auf den Aufruf in der K.A.Z. No. 211, der die Grundlinie darlegt. Ueber die ökonomischen Fragen im einzelnen wird wieder die etwa in einer Woche erscheinende nächste Nummer des "Proletarier" ausführlich das gesamte Material enthalten. Hierbei machen wir erneut darauf aufmerksam, dass unsere Zeitung und der "Proletarier" von jedem, aber auch von jedem Mitglied eingehendst gelesen werden muss. Es wird uns nie gelingen, die Partei wirklich auf der Höhe zu halten, wenn nicht diese primitivste Pflicht befolgt wird. Diese Pressearbeit muss nicht nur flüchtig durchgesehen, sondern gründlich studiert und wo möglich im Kreise der Funktionäre und Mitglieder durchgelesen, durchgesprochen, kritisiert und je nach dem verbessert werden. Gerade die augenblicklich flauen (wenigsten im Sinne des sichtbaren politischen Geschehens) Periode muss zur theoretischen Vertiefung benutzt werden, wobei ja in der K.A.P.D. Theorie und Praxis absolut einheitlichen Charakters sind. Besprecht auch grundsätzlich den Aufruf in No. 210 über bürgerliche Gesetzmäßigkeit. Auch hierin muss

der Uebergang von der Parolenpolitik zur Tatpolitik vollzogen werden.

Partei und Union

In wenigen Tagen wird das Resultat der Reichskonferenz vorliegen. Für uns steht nach wie vor im Vordergrund, da, wo die Partei durch die Märzkämpfe zerstört ist, die Partei in erster Linie zu berücksichtigen. Dessen ungeachtet darf aber keine Gelegenheit versäumt werden, um die Union mit K.A.P. Geist zu durchtränken. Wo durch Saboteure die Union vom rechten Wege des Klassenkampfes abgedrängt werden sollte, darf die Partei sich nicht scheuen, rücksichtslos aufzutreten, sich ruhig als "Diktator" beschimpfen lassen, wenn sie damit der echten revolutionären historischen Wahrheit zum Durchbruch verhilft. Gewöhnlich ist es besser, mit scharfem Schnitt etwas zu entfernen, oder mit Hammerschlägen etwas zu zertrümmern, ehe nachher Bequemlichkeit, Dummheit und Individualismus triumphieren. Im ganzen können wir Euch, soweit Berichte aus dem Reich vorliegen, sagen, dass die Klärung ihren Fortgang genommen hat, dass die Partei mit ihren Ideen siegreich geblieben ist und dass speziell in Berlin durch Aufstellung guter Arbeitsprogramme die Organisation wieder vollkommen auf der Höhe ist.

Zum Kongress der III. Internationale verweisen wir gleichfalls auf unseren Artikel in der K.A.Z. Wir haben bisher noch keinerlei Berichte seitens unserer Delegation. Nach Eintreffen solcher Nachrichten und bestimmter Beschlüsse wird ein besonderes Rundschreiben ergehen.

In der Frage der V.K.P.D.

bitten wir Euch, rücksichtslos unseren Standpunkt zu wahren und jede, auch nur geringste Möglichkeit, durch die V.K.P.D. in die Reihen der Mitglieder Verwirrung hineintragen zu lassen, zu unterbinden.

Organisation

Die Organisationsarbeiten zur inneren Festigung unserer Partei müssen überall im Sinne unserer Richtlinien über den Organisationsaufbau mit aller Energie und grösster Zähigkeit durchgeführt werden. Der organisatorische Aufbau unserer Partei hat, das wollen wir ganz offen aussprechen, mit der Vervollständigung unserer theoretischen Linie nicht gleichen Schritt gehalten. Theoretisch ist unsere Stellung in programmatischen Grundsätzen und Richtlinien nach allen Seiten hin klar und eindeutig gezeichnet und scharf abgegrenzt. In der Theorie des revolutionären Klassenkampfes sind wir allen revolutionären Organisationen weit voraus. Auf organisatorischem Gebiete dagegen musste aus Mangel an genügenden Kräften gar vieles versäumt werden. Hinzu kam, dass verschiedene Umstände, die fast gleichzeitig zusammenfielen oder hintereinander eintrafen, den Ausbau der Organisation hemmten oder stark ungünstig beeinflussten. Die grundsätzliche Auseinandersetzung über das Verhältnis zwischen Partei und Union liess den Ausbau der Organisation stark zurücktreten; ebenso hemmte die Frage der Roten Gewerkschaftsinternationale den Organisationsaufbau und teilweise auch die Frage einer Vereinigung mit der V.K.P.D. Ungünstig wirkten auch die untauglichen Reste einer verkehrten oder verkehrt aufgefassten illegalen Organisation, deren Ausscheiden eine Notwendigkeit für das Erstarren der Organisation war, ebenso wie das Ausscheiden solcher Genossen, die enttäuscht von dem langsamen und schwierigen Gange der Revolution kampfesmäde wurden, und einen Hemmschuh bildeten. Endlich dürfen nicht vergessen werden die Nachwirkungen der Märzaktion, die für manche Bezirke, wie Mitteldeutschland desorganisierend waren. Inzwischen hat hier der Wiederaufbau eingesetzt und bei intensiver Arbeit wird es gelingen, in kurzem die zerstörten Organisationen in den Kampfgebieten voll und kräftig erstehen zu lassen. Ebenso gewinnen wir in Thüringen, in Rhein-

land-Westfalen und an der Wasserkante immer mehr an Boden. Doch ist noch viel zu tun, um die Organisation überall im Reiche so auszugestalten und innerlich zu festigen, dass sie allen Stürmen Trotz bietet. Die politische Lage ist nur scheinbar eine flauere. In Wirklichkeit bedeutet sie die furchtbarste Gefahr für das Proletariat. Denn es vollzieht sich der ununterbrochene Zusammenschluss des Kapitals und der Aufmarsch der gewerkschaftlichen Formationen zur verstärkten Ausbeutung des Proletariats. Die Wirkungen für das Proletariat werden sich bald fühlbar machen. Diesen Kämpfen gegenüber muss die Partei gewappnet sein und ihre höchste Kraft entfalten. Ferner werden unsere Kämpfe gegen den Opportunismus der III. Internationale noch schwerer werden als bisher. Darauf lässt schon der jetzige Kongress schliessen. Durch Zusammenschluss mit allen mit unseren Ideen sympathisierenden Gruppen muss der Versuch gemacht werden, die III. Internationale jetzt auch von aussen zu berennen, um die den Fortgang der Revolution hemmenden opportunistischen Tendenzen zu überwinden. Jeder Genosse muss jetzt klar erkennen, dass die innere Festigung unserer Partei die Voraussetzung ist für die Durchführung unserer Aufgaben, ganz gleichgültig, wie unser Verhältnis zur III. Internationale nach den Entscheidungen des Kongresses sich endgültig gestalten wird. Jeder Genosse muss deshalb zur Mitarbeit von unten herauf herangezogen werden. Eine weitgehende Arbeitsteilung muss vorgenommen werden. Die Ortsgruppen müssen regelmässig Funktionär- und Mitgliederversammlungen abhalten; der Arbeitsausschuss muss regelmässig zusammentreten. Das Gleiche gilt für die Bezirke. Die Ortsgruppen müssen mit der Bezirksleitung in steter enger Fühlung stehen. Wo es möglich ist, müssen Kurse eingerichtet werden, damit ein Stamm guter Genossen rednerisch dem Bezirk zur Verfügung steht. Der Erfassung der Erwerbslosen ist die grösste Aufmerksamkeit zu widmen. Richtlinien haben wir im vorigen Rundschreiben gegeben. Die Presse muss mehr als bisher verbreitet werden, desgleichen unsere Literatur.

Die K.A.Z. ist jetzt auch im Abonnement durch die Post zu beziehen, was die Zustellung an die Mitglieder der Provinzstädte erleichtern dürfte. Wir fordern alle Ortsgruppen in grösseren Orten auf, uns sofort aufzugeben, wo die K.A.Z. abonniert werden kann, damit wir die in der K.A.Z. eingerichtete Adressentafel ergänzen können.

Genossen! Arbeitet unermüdet an dem organisatorischen Aufbau und an der Durchbildung der Mitglieder. Nützt die jetzige Zeit rastlos aus! Wir wissen, daß die K.A.P.D. große und gewaltige Kämpfe zu bestehen haben wird. Aber die K.A.P.D. ist stets im Angriff am stärksten gewesen. Wir wissen, daß die Durchdringung unserer Klassenkampftheorien und Klassenkampfmethoden den Sieg der Revolution in Deutschland und Westeuropa verbürgen wird. In welchem Maße wir uns aber durchsetzen werden, wird davon abhängen, wie weit wir organisatorisch den nächsten gewaltigen Aufgaben gewachsen sein werden. Darum an die Arbeit, Genossen! Über die Lage in der Partei wird ein Aufsatz im "Proletarier" No. 7 ausführlich berichten.

Berlin, den 5. Juni 1921.

K.A.P.D.

Geschäftsführender Hauptausschuss.

(12) Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 22.

(13) S. auch KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 237 "Die revolutionären

- Kommunisten Englands schließen sich der kommunistischen Arbeiterinternationale an!", sowie o.V. "Die Tätigkeit der britischen Kommunisten nach der Vereinigung in Leeds", in: Die Kommunistische Internationale, 2. Jg. (1921), Nr. 17, S. 482 ff..
- (13a) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 198 "Aus der Internationale. Ausschluß von "Linken" Kommunisten" sowie KAZ Nr. 199 "Zum 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale". S. auch KAZ Nr. 212 "Die Differenzen in der Kommunistischen Partei der Niederlande." S. auch Bock, Hans Manfred, Zur Geschichte und Theorie der Holländischen Marxistischen Schule, in: A. Pannekoek, H. Gorter, Organisation und Taktik der proletarischen Revolution, hrg. und eingeleitet von Hans Manfred Bock, Frankfurt 1969, S. 29 f.
- (14) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 204 "Der KAPD-Geist in Belgien und Bulgarien", sowie "Bericht über die kommunistische Bewegung in Belgien", in: Die Kommunistische Internationale, 2. Jg. (1921), Nr. 17, S. 495 ff..
- (14a) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 197 "Aus der Internationale. Der KAP-Gedanke in Südafrika."
- (15) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 204, sowie "Die Kommunistische Partei und die politische Lage Bulgariens", in: Die Kommunistische Internationale, 2. Jg. (1921), Nr. 17, S. 437 ff. und Richtlinien der Parlamentsgruppe der Kommunist. Partei Bulgariens (Tesnjaki), ebenda.
- (16) S. Lossjew, S., Der Verband der Industriearbeiter der Welt, in: Die Kommunistische Internationale, 2. Jg. (1921), Nr. 17, S. 330 ff., s. auch Bock, Hans Manfred, a.a.o., S. 109.
- (17) Die Aufzählung der Kontakte seitens der KAPD zu den linken Gruppierungen anderer Länder ist wiedergegeben in der KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 204 "Die "linken" Kommunisten und die 3. Internationale".
- (18) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 199 "Zum 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale", sowie KAZ Nr. 204 "Die "linken" Kommunisten und die 3. Internationale".
- (19) S. KAZ Nr. 199.
- (20) S. KAZ Nr. 204.
- (21) S. KAZ Nr. 204, sowie KAZ Nr. 203 "Bericht von der Zentralaussschußsitzung am 5. Juni 1921", wo der erweiterte Zentralaussschuß der KAPD seine Erwartungshaltung an den Kongreß wie folgt umschreibt:
- "Von dem 3. Weltkongreß der 3. Internationale haben wir wohl kaum eine Änderung der bisherigen opportunistischen und unhistorischen Taktik der 3. Internationale zu erwarten, im Gegenteil, in Anbetracht der Tatsache, daß das E.K. sämtliche zentristischen Gruppen wie die italienische Partei unter Serrati und die Gruppen Levis zum Kongreß eingeladen hat, haben wir eher noch eine Reaktion des Kongresses nach "rechts" zu gewärtigen. Die K.A.P.D. wird durch ihre Delegierten auf die Gefahren der 21 Punkte für den Sieg der Weltrevolution hinweisen und von den Beschlüssen des Kongresses ihre weitere Zugehörigkeit zur 3. Internationale abhängig machen. Von ihrem Programm jedenfalls wird sie keinen Deut opfern, sondern sofort, wenn dies verlangt wird, die Folgerungen ziehen."
- (22) S. Ihlau, Olaf, a.a.o., S. 22 u. Bock, Hans Manfred, a.a.o., S. 259. S. auch Kool, Frits, a.a.o. S. 605, Anm. 241, wo er auf die Schwierigkeiten der Identitätsklärung der unter einem Pseudonym auftretenden K.A.P.D.-Delegierten hinweist. Daß Alexander Schwab und Bernhard Reichenbach als Kongreß-Delegierte in Moskau weilten wird auch im Auszug

- aus dem Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 49 vom 4.8.1921, in StA Bremen 4.65 II.A.13a, festgehalten. S. auch Reichenbach, Bernhard, a.a.o., S. 136.
- (23) S. Bock, Hans Manfred, a.a.o., S. 259, s. auch Reichenbach, Bernhard, a.a.o., S. 135 f, Reichenbach bewertet die Arbeit der Exekutivvertreter der KAPD in Moskau wie folgt: "Die Partei entsandte auch ihre Delegierten. Aber irgendein Erfolg wurde nicht erzielt. Wohl stimmten Sinowiew, Bucharin, Radek u.a. in vielen Punkten den Vorwürfen der K.A.P. über die Haltung der K.P.D.-Führer zu. Sie forderten aber immer wieder, gerade aus der Berechtigung dieser Vorwürfe, den Eintritt der K.A.P.-Mitglieder in die K.P.D. und vor allem ihre Tätigkeit in Parlamenten und Gewerkschaften.... Der Gewinn dieser etwa im ganzen 6 Monate dauernden engen Fühlungnahme mit den Moskauer Kreisen bestand lediglich in der Möglichkeit tieferer Einblicke in die Struktur der russischen Aufbauarbeit, die Mentalität der führenden Schicht zu gewinnen sowie auch in der Verbindung zu den verschiedensten proletarischen Schichten. Denn den Delegierten war uneingeschränkte Bewegungsfreiheit eingeräumt." S. hierzu auch Reisberg, A., a.a.o., S. 189 f..
- (24) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921) Nr. 203 "Bericht von der Zentralaussschußsitzung am 5. Juni 1921"
- (25) ebenda
- (26) S. Bock, Hans Manfred, a.a.o., S. 260 f..
- (27) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 219 "Die K.A.P.D. auf dem 3. Weltkongreß" Bericht eines Kongreßdelegierten auf der Zentralaussschußsitzung der KAPD am 31.7.1921.
- (28) ebenda
- (29) S. KAZ Nr. 219 sowie KAZ Nr. 218 "Die Delegation der K.A.P.D. über den Bruch mit der Moskauer Internationale."
- (30) S. Bock, Hans Manfred, a.a.o., S. 260, s. auch KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 208 u. 209 "Der Wasserkrahn der 3. Internationale".
- (31) S. KAZ Nr. 219 "Die K.A.P.D. auf dem 3. Weltkongreß." S. auch Reisberg, A., a.a.o., S. 190.
- (32) ebenda. S. auch KAZ Nr. 211 "Symptome auf dem Kongreß der 3. Internationale".
- (33) S. Protokoll des 3. Kongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921), o.O. (Hamburg) 1921, S. 221.
- (34) S. Protokoll des 3. Kongresses, a.a.o., S. 336 ff., sowie KAZ Nr. 211 "Symptome auf dem Kongreß der 3. Internationale".
- (35) S. KAZ Nr. 219 "Die K.A.P.D. auf dem 3. Weltkongreß."
- (36) S. Protokoll des 3. Kongresses, a.a.o., S. 186 f. u. S. 335 f., s. auch KAZ Nr. 211 "Das Ultimatum an die KAPD." sowie KAZ Nr. 212 "An das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt", "Zum Kongreß der 3. Internationale" u. "Die Grundprobleme der 3. Internationale".
- (37) S. Protokoll des 3. Kongresses, a.a.o., S. 186.
- (38) S. Protokoll des 3. Kongresses, a.a.o., S. 187 ff.
- (39) Ihlau, Olaf, a.a.o., S. 23, s. auch Protokoll des 3. Kongresses, a.a.o., S. 189 ff., dagegen Reisberg, A., a.a.o., S. 189 ff..
- (40) S. Protokoll des 3. Kongresses, a.a.o., Hempel (Jan Appel) S. 221-225, Seeman (Bernhard Reichenbach) S. 237-240
- (41) S. Protokoll des 3. Kongresses, a.a.o., Sachs (Alexander Schwab). S. 97-102 u. Seemann (Reichenbach) S. 102-106.
- (42) S. Protokoll des 3. Kongresses, a.a.o., Bergmann (Meyer) S. 721-740.
- (43) S. Protokoll des 3. Kongresses, a.a.o., Hempel (Appel) S. 485-497.
- (44) S. Protokoll des 3. Kongresses, a.a.o., Sachs (Schwab) S. 766-769 und Hempel (Appel) S. 793-797.

- (45) S. Protokoll des 3. Kongresses, a.a.O., S. 335 ff..
- (46) S. KAZ Nr. 219 "Die K.A.P.D. auf dem 3. Weltkongreß" Danach gab die KAPD-Delegation zum Ultimatum des Kongresses eine ausführliche Erklärung ab. Das Verlesen dieser Erklärung auf dem Kongreß wurde der Delegation nicht gestattet, es wurde nur erlaubt diese zu Protokoll zu geben. Die Delegation nutzte dann die Möglichkeit die Erklärung auf einer Sitzung des Exekutivkomitees vorzutragen. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale faßte auf derselben Sitzung, unter Ausschluß der KAPD-Delegation, den nachfolgenden Beschluß in Sachen KAPD: "Trotz der Erklärung der KAPD., welche den Tatsachen ins Gesicht schlägt, und eine Kriegserklärung an die Kommunistische Internationale darstellt, hat das neu gewählte Exekutivkomitee folgendes beschlossen:
1. Sofort einen ausführlichen offenen Brief an die Mitglieder der KAPD. zu veröffentlichen und im Zeitraum von 2 Monaten einen Beschluß zu fordern.
 2. Eine Delegation zum eventuellen Parteitag der KAPD zu senden.
 3. Der Delegierte der KAPD. ist laut Beschluß des Kongresses berechtigt, vorläufig der Exekutive mit beratender Stimme beizuwohnen."
- Zur Gesamtschätzung der Aktivitäten der KAPD-Delegation auf dem 3. Kongreß der KI s. auch Frank, Pierre, Geschichte der Kommunistischen Internationale 1919-1943, Bd. 1, Frankfurt 1981, S. 153 f.
- (47) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 212 "An das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt!".
- (48) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 214 "Die Vergewaltigung der Revolution durch die Moskauer Internationale".
- (49) Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 24.
- (50) S. KAZ (Groß-Berlin) 2. Jg. (1921), Nr. 212 "An das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt!".
- (51) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 211 "Das Ultimatum an die KAPD.".
- (52) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 213.
- (53) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 214, Aufruf des KAPD-Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin zu großen öffentlichen Versammlungen am 19.7. und 20.7.1921 aus Anlaß des Ultimatus der III. Internationale an die KAPD.
- (54) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 212 "Die KAPD. Altona zum Ultimatum des 3. Weltkongresses" u. KAZ Nr. 227 "Resolution der Ortsgruppe Kiel" sowie Resolution der Ortsgruppe Hettstedt (Mansfeld).
- (55) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 225 "Aus dem Bezirk Südwest-Deutschland" -Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Groß-Frankfurt am 16.8.1921, Stellungnahme zu der Delegation der KAPD in Moskau sowie Resolution der Ortsgruppe Düsseldorf "Bezirk Besetzte Zone" zum Ultimatum des 3. Weltkongresses.
- (56) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 215 "Stellungnahme der KAPD. Hamburg zum Ultimatum", s. auch Reichenbach, Bernhard, a.a.O., S. 138.
- (57) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 222 "Aus der Partei" - Groß-Berlin.
- (58) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 223 "Bezirkskonferenz Nord".
- (59) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 225 "Antrag des Wirtschaftsbezirks Pommern zur Internationale".
- (60) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 226 "Die Bezirkskonferenz Thüringen."
- (61) S. KAZ, 2. Jg. (1921) Nr. 225 "Bezirk Mitteldeutschland".

- (62) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 217 "Provisorische Tagesordnung für die Zentral-Ausschußsitzung der K.A.P.D.".
- (63) S. Zum Verlauf der Zentralausschußsitzung: Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 50 vom 9.8.1921, in StA Bremen 4.65 II.A.13a, sowie KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 219 "Bericht von der Zentralausschußsitzung am 31.7.1921".
- (64) Von den auf dem 3. Weltkongreß in Moskau aufgetretenen KAPD-Delegierten befanden sich zum Zeitpunkt der Zentralausschußsitzung die Delegierten Alexander Schwab und Bernhard Reichenbach nach einem Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung noch nicht in Deutschland, sie hielten sich in Schweden auf, wo sie mit den dortigen Linkskommunisten verhandelten.
- S. Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 49 vom 4.8.1921, in: StA Bremen 4.65 II.A.13a. Demnach muß der Bericht auf der Zentralausschußsitzung von Jan Appel oder dem Leipziger Delegierten Meyer erstattet worden sein. Der Bericht ist wiedergegeben in KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 219.
- (65) Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 24.
- (66) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 219 "Bericht von der Zentralausschußsitzung am 31.7.1921".
- (67) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 219 "Bericht von der Zentralausschußsitzung am 31.7.1921" und Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 50 vom 9.8.1921, in StA Bremen 4.65 II.A.13a.
- (68) Bock, Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus, a.a.O., S. 341 sowie Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 24.
- (69) Bock, Hans Manfred, a.a.O., S. 342.
- (70) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 222 "Zum Parteitag der KAPD. Die Anträge des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin".
- (71) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 227 "Abänderungsvorschläge des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin für die Richtlinien zur Frage "Die 3. Internationale und die Notwendigkeit der Schaffung einer kommunistischen "Arbeiter-Internationale".
- (72) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 227.
- (73) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 224.
- (74) S. Richtlinien zur Frage "Die 3. Internationale und die Notwendigkeit der Schaffung einer Kommunistischen Arbeiter-Internationale", in: KAZ (Groß-Berlin) 2. Jg. (1921) Nr. 224.
- (75) ebenda.
- (76) ebenda.
- (77) ebenda.
- (78) Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 25.
- (79) S. Zum Verlauf der Sitzung des erweiterten Hauptausschusses, Auszug aus dem Lagebericht des Staatskommissars vom 21. und 22. 8.1921, Nr. 18054/21, sowie Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 62 vom 23.8.1921, in StA Bremen 4.65 II.A.13a.
- (80) S. Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars Nr. 50 vom 9.8.1921 in StA Bremen 4.65 II.A.13a.
- (81) S. Auszug aus dem Lagebericht des Staatskommissars vom 21. u. 22.8.1921 Nr. 18054/21 a.a.O., sowie Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars Nr. 62 vom 23.8.1921 a.a.O..
- (82) S. Auszug aus dem Lagebericht des Staatskommissars vom 21. u. 22.8.1921 Nr. 18054/21 a.a.O..